

BILDUNG IST NIE WERT(E)LOS - (UM-)ERZIEHUNG IMMER WÜRDELOS!

Wertevermittlung in der Bildungsarbeit: Planungs- und Koordinierungstreffen der IG Arbeitsbedingungen DaZ DaF Basisbildung

Am 16. Mai wurde das neue Integrationsgesetz und damit auch tiefgreifende Eingriffe in unser Arbeitsfeld beschlossen. Über kurz oder lang werden wir die Auswirkungen dieser Reglementierung auf unsere Arbeitsverhältnisse zu spüren bekommen. Bereits jetzt greifen sie die Strukturen niederschwelliger Vereine wie großer Bildungsinstitutionen an. Erste Anzeichen dafür sind etwa inhaltliche Einmischungen des *Österreichischen Integrationsfonds ÖIF* in laufende Projekte durch vorgegebene Lehrwerke oder die vertraglichen Zwangsverpflichtung von Lehrenden zur Umsetzung der vom ÖIF festgeschriebenen Wertevermittlung und zum Besuch von ÖIF-Weiterbildungen zur "Wertevermittlung". Außerdem werden verstärkte Kontrollen der Unterrichtspraxis sowie die Androhung von Sanktionen sowohl für Teilnehmende als auch Lehrende/Prüfende unsere Autonomie weiter einschränken.

WIR SIND LEHRER_INNEN, KEINE WERTE- ODER SPRACHPOLIZIST_INNEN! WIR WOLLEN NICHT VERLÄNGERTER ARM DIESER POLITIK SEIN!

Wir machen gerne wert(e)volle Bildung aber sicher keine entwürdigende (Um)Erziehungsarbeit. Durch den Beschluss des Integrationsgesetzes werden aus politischem Kalkül die Erfahrungen von Lehrenden in der Erwachsenenbildung entwertet. Wert(e)volle Praxiserfahrungen von Lehrenden und kritische Stimmen aus der Wissenschaft und Forschung werden ignoriert. **Wehren wir uns vielstimmig!**

WAS TUN?

≠> Schreibt!

Verfasst eure Empörung, eure Wut, eure Enttäuschung, euren Widerstand in Worte. Jedes Textformat ist möglich, mit Namen oder anonym.

Schickt eure Texte an igdazdaf@riseup.net zur Veröffentlichung auf <https://igdazdafbasisbildung.noblogs.org/> und auf facebook: IG Arbeitsbedingungen DAZ Basisbildung Organisation gegen Ausbeutung

≠> Kommt zum nächsten Treffen

am Fr., den 30.6. um 18 Uhr
ins Lerncafé (Volkertplatz 12, 1020 Wien)

LEHRENDE IN DaZ- UND INTEGRATIONSKURSEN FORDERN: HÄNDE WEG VON DER BILDUNG!

Mit dem neuen Integrationsgesetz sowie dem Anti-Gesichtsverhüllungsgesetz werden verpflichtende Deutsch- und Wertekurse sowie Integrationsprüfungen für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte ab dem 15. Lebensjahr sowie das Burka-Verbot eingeführt.

Darin enthalten sind ebenso adaptierte Regelungen bei der Integrationsvereinbarung für Drittstaatsangehörige: vorgesehen sind strengere Kontrollen der erworbenen Sprachkenntnisse sowie verschärfte Strafbestimmungen beziehungsweise höhere Verwaltungsstrafen für Verstöße gegen die Integrationsvereinbarung.

Bei vermeintlicher Integrationsverweigerung drohen Sanktionen in Form einer gekürzten oder gestrichenen Mindestsicherung bzw. Notstandshilfe oder Einbußen beim Arbeitslosengeld.

Trotz zahlreicher kritischer Stellungnahmen wird heute im Parlament die Verschärfung bestehender Integrationsregelungen in Form eines neuen Integrationspakets beschlossen, aber um es vollziehen zu können, brauchen die Behörden uns, *Lehrende im Feld Deutsch als Zweitsprache*. Und hiermit äußern sich viele von uns mit der dezidierten Verweigerung, im Interesse der herrschenden Politik zu arbeiten, denn

**WIR SIND LEHRER_INNEN, KEINE WERTE- ODER SPRACHPOLIZIST_INNEN!
UND
WIR WOLLEN NICHT VERLÄNGERTER ARM DIESER POLITIK SEIN!**

Wir wehren uns gegen Versuche der Instrumentalisierung von Lehrenden im Sinne einer selektiven und ausgrenzenden Migrations- bzw. Integrationspolitik!

Wir positionieren uns für die Entkoppelung von Sprachstandserhebung & Werteproofung und aufenthaltsrechtlichen Regelungen!

Wir positionieren uns für eine Bildungsarbeit, die sich mit Wertekodierungen anlegt, und bestehen darauf, demokratische Bildungsarbeit mit Refugees und Migrant_innen zu realisieren, in der Werte und Haltungen reflektiert und ausverhandelt und nicht vorgeschrieben werden!

Wir sind nicht bereit, (Um)Erziehungsarbeit zu realisieren!
Und anstatt Wertekurse und Prüfungen für Migrant_innen fordern wir politische Bildung für alle!